

In Bildung investieren!

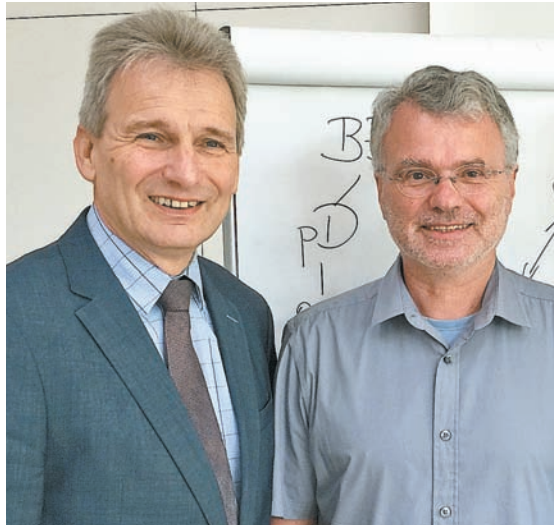
FSG-LehrerInnen: Ausbau der Ganztagesesschulen erfordert zusätzliches Personal

Die Zukunft der Bildung stand im Mittelpunkt einer von Lehrer*innen-gewerkschafter Gerhard Unterkofler organisierten Veranstaltung mit Spitzenfunktionär*innen der FSG-Pflichtschullehrer*innengewerkschaft. Die diskutierten Themen waren breit gestreut und reichten von der Schulautonomie über die Gemeinsame Schule bis hin zum Lehrerdienstrecht, Ganztagesesschulen und der Grundschulreform.

Der Einladung folgte auch Erich Foglar, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der besonders darauf hinwies, dass sparen bei der Bildung, sparen bei der Zukunft bedeute.

Nein zu personeller Schulautonomie

Kritisch steht die FSG-Pflichtschullehrer*innengewerkschaft einer personellen Autonomie der Schulen gegenüber. „Es ist verständlich, dass ein Direktor oder eine



ÖGB-Chef Erich Foglar und Lehrer*innengewerkschafter Gerhard Unterkofler

Direktorin bei der LehrerInnenwahl mitreden möchte, doch die endgültige Entscheidung sollte weiterhin bei der Schulabteilung bleiben“, so Unterkofler. Die Forderung, dass DirektorInnen Lehrpersonen einstellen und auch kündigen können sollen, „lehnen

wir daher klar ab“.

In Ganztagesesschulen investieren

Ein ganz wichtiges Projekt ist für die FSG-Pflichtschullehrer*innengewerkschafterInnen der Ausbau der Ganztagesklassen und Ganztagesesschulen. Dabei dürf-

ten aber die Lehrpersonen nicht an die Grenze der Belastbarkeit kommen. „Unsere PädagogInnen machen eine ausgezeichnete Arbeit und sind es gewohnt, in der Schule gesellschaftliche Defizite auszugleichen und Probleme zu lösen. Doch sie können neben ihren zahlreichen schulischen Aufgaben nicht auch noch für die vermehrte Freizeit- und Lernbetreuung eingesetzt werden“, betont Unterkofler.

Wer das wolle, setze die Gesundheit der LehrerInnen aufs Spiel. Der Lehrer*innengewerkschafter appelliert deshalb an die Vorarlberger Landesregierung, die Ausbildung von ErzieherInnen, HortpädagogInnen und FreizeitpädagogInnen endlich zu fördern und für deren komplikationslose Anstellung zu sorgen. Dies sei besonders auch im Hinblick auf den zukünftigen LehrerInnenmangel dringend notwendig, so Unterkofler. (pr)